Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 37. Montag den 6. Februar 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.
Leipzig, den 14. Januar 1888.
Die Sparcassen-Deputation.

Stockholzauction.

Donnerstag, den **9. Februar** c. sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem Schlage im **Rosenthale,** in der Nähe der sogenannten Schleife, zwischen dem Fahrweg und der Pleiße

ca. 250 klar gemachte Stockholzhaufen,

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen **sofortige Bezahlung** an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem abgedachten Schlage.
Leipzig, am 27. Januar 1888.
Des Raths Forstdeputation.

Auctions-Bekanntmachung.

Mittwoch, den 8. dieses Monats,
Vormittags von ½10 Uhr an,
sollen im hiesigen Stadthause, Eingang Mühlgasse Nr. 1,
verschiedene Werthschaftsgegenstände, Wand- und Taschenuhren, einige Schmucksachen, Kleidungsstücke, Schlosser-Handwerkszeug und Schlosserei-Gebrauchsgegenstände, drei Glaser-Diamanten, 12 Dutzend große Illuminations-Laternen und verschiedenes Andere
an den Meistbietenden **gegen sofortige baare Bezahlung** öffentlich versteigert werden.
Leipzig, am 4. Februar 1888.
Id. 497 u. s. w. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Glauß.

Bekanntmachung.

Auf sein Ansuchen ist Herr **Heinrich Hermann,** Buchhändler, Thalstraße 2 part., hier aus dem von ihm bisher bekleideten Amte eines Armenpflegers im 35. Districte entlassen worden. Wir sprechen ihm hiermit unseren Dank für die unserem Armenwesen gewährte Mitwirkung aus.
Leipzig, den 3. Februar 1888.
Das Armendirectorium.
A. R. 59 Ludwig-Wolf. Actuar.

Urkattrier Anzeige zufolge hat der Gelchierführer Paul Hermann **Schage** aus Naundorf sein vom dortigen Gemeindevorstande am 20. April 1878 ausgestelltes Dienstbuch vor Kurzem in hiesiger Stadt verloren.
Im Auffindungsfalle bitten wir das Buch anher abzuliefern.
Leipzig, den 3. Februar 1888.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
L. 530. Bretschneider. H.

Nichtamtlicher Theil.

Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses.

* Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages wird überall als ein politisches Ereigniß von ungeheurer Tragweite hervorgehoben und nicht mit Unrecht durch das geflügelte Wort „friedliches Ultimatum" gekennzeichnet. Daß die Tragweite dieser Veröffentlichung in der Presse und in politischen Kreisen eine ziemlich verschiedenartige sein muß, liegt auf der Hand, sie wird bald als eine den nahen Ausbruch ernstester Katastrophen ankündigende, bald im Gegensatz dazu als eine zur Sicherung des Friedens geeignete Kundgebung aufgefaßt. Jedenfalls zeigt sie von einer ungewöhnlichen Gespanntheit der Situation; es drängt Alles energisch nach einer baldigen Klärung und Entscheidung, sei es nun nach der kriegerischen oder der friedlichen Seite, und eine solche herbeizuführen ist wohl auch der Zweck der Publication. Wir möchten, schreibt die „Nationalliberale Correspondenz", die Veröffentlichung dieses Allianzvertrags, der schon vor bald zehn Jahren abgeschlossen worden ist, aber keineswegs eine blos historische, sondern im gegenwärtigen Augenblick mehr als je eine actuelle Bedeutung besitzt, als eine letzte, außerordentlich eindringliche Mahnung an diejenige Stelle auffassen, von welcher gegenwärtig die Entscheidung über Krieg und Frieden für Europa abhängt. Der Vertrag richtet sich in erster Linie, natürlich nur defensiver Weise, gegen Rußland und ein letztes Wort der Mahnung und Warnung an eben diese Macht kann auch die Veröffentlichung nur darstellen. Sie kann in gewissem Sinne als ein Seitenstück zu den jüngsten militairischen Maßnahmen des deutschen Reichs betrachtet werden. Die äußerste Anspannung der deutschen Wehrkraft und dieser Hinweis auf den Bund mit Oesterreich, dem bekanntlich auch die italienische Unterstützung gesichert ist, führen eine zur Vertheidigung gegen Angriffe bestimmte Macht von so gewaltiger Größe vor, daß die Leichtfertigkeit eines verzweifelten Spielers dazu gehört, die Losung zum Krieg zu geben. Wir können noch immer nicht glauben, daß Jemand diese ungeheure Verantwortung vor der Menschheit und der Weltgeschichte auf sich laden kann, und halten daran fest, daß alle jene Maßnahmen der letzten Tage und Wochen, eben weil sie den furchtbaren Ernst der Weltlage ankündigen, die Wirkung haben werden, wie sie den Zweck haben, an den maßgebenden Stellen das Gefühl der Verantwortlichkeit, der Besonnenheit und Mäßigung zum Durchbruch kommen zu lassen. An der Friedensliebe des deutschen Reiches kann seit langen Jahren kein gerechtes Urtheil zweifeln und an seiner Macht und Stärke nach den Proben der jüngsten Zeit auch nicht. Nach beiden Richtungen bringt die Veröffentlichung des Bündnißvertrages einen neuen überaus beweiskräftigen Beitrag. Allgemeiner Annahme zufolge ist in den nächsten Tagen eine große Rede des Reichskanzlers über die europäische Situation zu erwarten. Um im Reichstag die vorliegenden Gesetzentwürfe durchzubringen, wäre sie nicht nöthig. Ihre Wirkung kann also nur nach außen berechnet sein. Man muß abwarten, welche Beleuchtung die Situation in der Darstellung des einzig competenten Beurtheilers gewinnen wird. Wie sie jetzt erscheint, ist sie von einer Gespanntheit und Unsicherheit, deren längere Fortdauer kaum mehr ertragen werden kann.

Zur weiteren Kennzeichnung des Eindruckes, den diese Veröffentlichung hervorgerufen, verzeichnen wir einige weitere Preßstimmen. Die gouvernementale „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bemerkt:

Das politische Tagesinteresse culminirt — wie das ja selbstverständlich erscheint — in der Veröffentlichung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnißvertrages, einer Maßnahme, deren actuelle Tragweite auf der Hand liegt und in allen bis zur Stunde vorliegenden Preßkundgebungen unumwunden anerkannt wird. Wenn hin und wieder aus der Bekanntgabe des durch nun volle Jahre geheim gehaltenen Actenstückes Schlußfolgerungen gezogen werden, welche einen nunmehrigen rapiden Entwickelungsgang der schwebenden Krise voraussehen, so ist das wohl lediglich ein subjectiver Beurtheilungsstandpunct, dem gegenüber sich ein kühler und besonnener modus interpretandi um so mehr empfiehlt, je weniger a priori bestritten werden soll, daß das überraschende Vorgehen der Cabinette von Berlin und Wien in dem vorliegenden Falle nur den Bedürfnissen der gegebenen ungewöhnlichen Situation angemessen erscheint. In Pest soll die Veröffentlichung des Bündnißvertrages ungeheurer Sensation hervorgerufen haben.

Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" bemerken an leitender Stelle:

Die öffentliche Meinung ganz Europas steht gegenwärtig unter dem Eindrucke der stattgehabten Bekanntmachung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnißvertrages. Das Unwohlsein eines solchen Schritts, die Beweggründe, die dazu führten, die Consequenzen, auf welche wir sicherlich nicht lange zu warten haben dürfen, die man schon so lange Zeit dauernde Unruhe und Belastung der Gemüther: alles das nicht zusammen, um das große Tagesereigniß mit einem Reiz auszustatten, welches mehr als genügende Bürgschaft dafür bietet, daß seine Tragweite jedenfalls nicht unterschätzt wird. Ob sie andererseits von denen überschätzt wird, welche nunmehr sich zu dem Urtheil berechtigt halten, daß sich in Kürze Entscheidungen katastrophalster Art vollziehen dürften, muß einstweilen dahingestellt bleiben. Wohl aber giebt die Veröffentlichung des Vertrags der von uns, wie überhaupt von unterrichteter Seite seit Jahr und Tag vertretenen Auffassung der Tendenz des Entwickelungsganges der europäischen Politik in vollstem Maße Recht. Deutschland und Oesterreich-Ungarn manifestiren mit dem eben gethanen Schritt vor aller Welt die Einheit und Entschlossenheit ihrer Friedensbestrebungen, welche ja, wie das Datum des Vertragsschlusses darthut, nicht erst jüngeren Ursprungs sind. Es wäre daher auch unrichtig, zu behaupten, daß durch die stattgehabte Veröffentlichung eine erhöhte Besorgniß gerechtfertigt würde. Die allgemeine Lage braucht jetzt nicht kritischer zu sein, als sie vordem gewesen — daß sie aber diesen Charakter permanent getragen, darauf ist stets von zuständigem Orte hingewiesen. Aus der Erkenntniß des Ernstes der politischen Lage gingen die gesetzgeberischen Acte hervor, welche uns seit nunmehr einem Jahre beschäftigen. Die Verstärkungen unserer Heereseinrichtungen, zu welcher die deutsche Militärverwaltung im vergangenen Jahre schritt, nebst der Bewilligung der dazu benöthigten Mittel, die jetzige Weitervorlage in Verbindung mit dem durch sie bedingten 280 Millionen-Credit sind Schritte, die gemäß nicht durch Lust an bloßer Soldatenspielerei und an Kanonenlärm dictirt sind, sondern durch die bittere Nothwendigkeit, stark genug zu sein, um gegebenen Falls nach zwei Seiten Front zu machen.

Schon früher ist dem Kaiser Alexander, und wohl jedenfalls bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin mündlich durch den Reichskanzler, von dem Inhalt des Vertrages Kenntniß gegeben worden, damals, als Fürst Bismarck in seiner bekannten Unterredung mit dem russischen Herrscher diesem über das, was Europa in Unruhe und Sorge versetzte, „reinen Wein" einschenkte. Kaiser Alexander war also von der durch den Vertrag geschlossenen Sachlage auf das Gründlichste unterrichtet, er wußte seit seiner Berliner Reise, an welch Bedingungen die Erhaltung des Friedens geknüpft ist; an dieser Lage ist nichts weiter geändert, als daß der Vertrag nunmehr seiner Eigenschaft als Staatsgeheimniß entkleidet und publici juris geworden ist. Hieraus bemißt sich nun alles Weitere. Bei uns weiß man jetzt, daß wir einem russischen Angriff gegenüber mit Oesterreich-Ungarn solidarisch sind, daß wir aber einen französischen Ueberfall aus eigener Kraft werden abwehren müssen. Auf welche Eventualitäten aber die französischen Revanchedemonstrationen spekuliren, ist so unterrichtet, daß wir diesbezüglich kein Wort weiter zu verlieren, keine Anspannung zu machen brauchen.

Soviel ist ja klar, daß mit der stattgehabten Veröffentlichung die Politik der Friedensmächte nicht etwa in ein absolut neues, jeglichen Zusammenhanges mit dem Vorangegangenen entbehrendes Stadium eintritt. Ihre Action ist von jeher auf die Erhaltung und Kräftigung der bestehenden Ordnung, die durch völkerrechtlich gebeiligte Verträge geschützt wird, gerichtet gewesen. Keinem anderen Zweck will auch die jetzige Offenbarung der Cabinete von Berlin und Wien ihre Dienste widmen. Und nicht an ihnen wird es liegen, wenn ihr offenes Hervortreten den beabsichtigten Zweck verfehlen sollte. Die Außergewöhnlichkeit der Maßregel giebt immerhin einen Begriff von der Außergewöhnlichkeit der Situation. Aber sie beweist auch, welche Zuversicht den Lenkern der Bündnißpolitik ihr Bewußtsein verleiht, nur das Beste ihrer Staaten und Völker im Auge und zur Förderung derselben nur solche Mittel angewendet zu haben, welche weder das Auge noch das Urtheil der Welt zu scheuen brauchen. Zweifellos wird das durch die Veröffentlichung des Bündnißvertrages beigestellte actenmäßige Material dem verantwortlichen Leiter unserer auswärtigen Politik das Fundament liefern für seine binnen der nächsten 48 Stunden zu gewärtigenden Aufschlüsse über den Charakter der gegenwärtigen Lage und die voraussichtlichen Bahnen, in welchen ihre Entwickelung sich bewegen dürfte. Angesichts dieser unverweilbar bevorstehenden authentischen Klarstellung halten wir die Anstellung nur muthmaßender Betrachtungen jetzt nicht für angebracht.

Die freiconservative „Post" schließt einen Artikel wie folgt:

Aber wir können nicht vorübergehen an der Frage, ob die Vorbereitungen des Panslawismus zum Angriff auf Central-Europa nicht schon die Umkehr für jede russische Regierung zur Unmöglichkeit machen. Auch die Erforschung dieses Räthsels überlassen wir der Auflösung des Reichskanzlers, ohne freilich zu wissen, ob er es berathen wird. In Frankreich bereitet sich ein Ministerium Floquet als abermaliger Versuch der sogenannten Concentration aller Republikaner vor. Es ist längst klar, daß diese Concentration nicht mehr möglich ist auf dem Boden der inneren Politik, sondern nur noch auf dem Boden der Revanche.

Die Kennzeichnung des Vertrages vom 7. October wird in manchem Franzosen die Bemerkung hervorrufen, daß dieser Vertrag nicht die mindeste Spitze gegen Frankreich hat, daß Frankreich, wenn es dem Unternehmen des Panslawismus seinen Arm leihen sollte, muthwillig ein blutiges Beichl über den Werden Europas heraufbeschwöre. Der gute Verstand wird manchen Franzosen diese Herausforderung verwünschen lassen, aber auf eine thätige Reaction dieses Verstandes gegen die Herausforderung des Schicksals ist nicht zu rechnen.

Wir stehen vor einer großen Wendung der europäischen Geschichte. Die Veröffentlichung des Vertrages vom 7. October gleicht dem Aufblasen eines gewaltigen Geschützes, das dem Angriffslustigen die Kraft des Vertheidigers zeigt. Wie diese letzte Demonstration im Lager des Angreifers wirken wird — wer vermöchte es zu sagen? Bezweifeln an der günstigen Wirkung darf man nicht bis zum letzten Augenblick. Wie nennen sich jetzt die Verdächtigungen herzuleiten aus, welche die sorgenvolle Beurtheilung der Lage, deren Ernst schon seit dem Herbst 1886, namentlich aber seit dem Herbst 1887 unverkennbar war, auf alle möglichen Motive, nur nicht auf das der Wahrheit, zu schieben unermüdlich waren?

Die „Magdeburgische Zeitung" bemerkt:

Es ist eine Pause eingetreten, die sich kaum vor unseren Augen eröffnet. Wir wollen auch jetzt noch hoffen, daß es der Weisheit der Männer, welche am Ruder unseres Staatsschiffes stehen, gelingen möge, dasselbe noch einmal durch die drohende Brandung glücklich hindurchzubringen. Aber dem Ernste der Zeit wird sich Niemand verschließen können, auch Die nicht in unserem eigenen Volke, die — noch die letzten Debatten im Reichstage legen Zeugniß dafür ab — sich leider nicht scheuten, den Vorwurf zu erheben, als ob von deutscher Seite, um diesen oder jenen Zweck zu erreichen, Kriegsgerüchte in Umlauf gesetzt worden seien.

Die Wirkung der neuen Warnung, die jetzt von Oesterreich und Deutschland zugleich erlassen ist, wird nicht lange auf sich warten lassen. Sie wird dem Theile Europas, der mit uns gewillt ist, für die Ruhe und den Frieden einzutreten, aufs Neue die Grundlosigkeit und beispiellose Frivolität der Verdächtigungen zeigen, die man seit Jahr und Tag gegen die deutsche Politik aufgetreten werden. Uns giebt sie die Gewißheit, daß wir mit gutem Gewissen und mit reiner Hand die Waffen zur Vertheidigung aufnehmen können, wenn uns trotz alledem ein ruchloser Angriffskrieg aufgedrängt werden sollte.

Ueber den Eindruck dieses politischen Ereignisses in Oesterreich-Ungarn liegen folgende Meldungen vor:

* Wien, 4. Februar. („Pol.") Der imposante, die gesammte Bevölkerung tief ergreifende Eindruck, den die Publication des Bundniß-Vertrages macht, geht über alle Beschreibung. Dieser Eindruck wird wenigstens noch erhöht durch die Ueberzeugung, daß diese Publication durchaus nicht provocatorischen Charakters ist, wie dies aus der notorischen Thatsache sich ergiebt, daß der Inhalt des Vertrags den maßgebenden Kreisen in Rußland schon seit geraumer Zeit bekannt ist. Gleichwohl kommt vielfach die Besorgniß zum Ausdruck, daß die Veröffentlichung des Vertrags zwar nicht eine neue Verschärfung der Situation hervorrufen werde, wohl aber als ein Symptom der bereits zu außerordentlicher Spannung gediehenen Situation anzusehen ist. Die „Presse" sagt hierüber: Wenn es auch außer Zweifel steht, daß diese geradezu in solcher Weise intensive Publication nur einer beruhigenden, auf die Erhaltung des Friedens abzielenden Position gleichkommt, so muß doch auch zugegeben werden, daß diese demonstrative Manifestation der Macht und des Selbstgefühls Oesterreichs und Deutschlands auch ihre bedenkliche Seite hat. Es müsse vor Allem der Effect abgewartet werden, den die Publication auf die öffentliche Meinung in Rußland hervorrufen wird. Die „Neue Freie Presse" schreibt, wenn in Rußland noch ein Rest von Unbefangenheit besteht, so muß man gestehen, daß ein solcher Bund Niemanden herausfordert. Der Vertrag sucht das Aeußerste abzuwehren, er bedeutet die Sicherung gegen einen Ueberfall und gegen eine Coalition zwischen Rußland und Frankreich, aber er geht mit seiner Spitze über diesen Kreis hinaus. Nur in ernsten Stunden entschließen sich die Staatsmänner dazu, in die Archive zu greifen. Wenn man auch dieses Mittel verfolgt, was soll dann geschehen? — Die „Deutsche Zeitung" hält die Publication des Vertrages für eine ernste eindringliche Warnung in zwölfter Stunde, eine Warnung an den Selbstherrscher des nordischen Reiches, sich nicht von gewissenlosen Hetzlingen in den Abgrund eines Krieges stürzen zu lassen. Der überwältigenden Größe des Vertrages werde der überwältigende Eindruck entsprechen, den seine Publication gegenwärtig hervorrufen wird. Jede Zeile, jede Wendung des Vertrages verrathe die Kriegsfeder des Fürsten Bismarck. Der Inhalt ist voll einfacher, schlichter Größe, die sich in der Erhabenheit des gesteckten Zieles ausdrückt. — Selbst das ultramontane „Vaterland" trägt der Situation Rechnung, indem es schreibt: Die Dinge sind nunmehr soweit gekommen, daß die im deutsch-österreichischen Vertragsartikel vorgesehenen Eventualitäten geschehen, so bereits darüber Gewißheit vorhanden, da durch die Publication des Vertrages nicht mehr blos die Monarchen, sondern vielmehr die Völker gewarnt werden sollen. — Das „Fremdenblatt" bemerkt in seiner Zeitungsrundschau: Die Nachrichten aus Berlin und Pest stimmen in der Constatirung des mächtigen Eindrucks überein, den die Publication des Bündnißvertrages hervorgerufen hat. Man würdigte überall die Bedeutung der Thatsache, sowie man auch dem rein defensiven Charakter des Bundes laute Anerkennung zollte. Gehen auch die Ansichten über die Gründe der Publication in den Journalen weit auseinander, so werde doch von allen Organen die Zuversicht ausgesprochen, daß die Publication nur beruhigend wirken könne, indem sie die starken Garantien des Friedens und die defensiven Zwecke des Bundes offenbarte.

Speciell aus Pest wird gemeldet:

* Pest, 4. Februar. („Pester Politische Zeitung.") Die Veröffentlichung des Bündnißvertrages erregt hier unbeschreiblichen Aufsehen. Die Thatsache der Veröffentlichung wird als Zeugniß des festen Glaubens in den dauerhaften und für alle Fälle gesicherten Bestand des Bündnisses betrachtet, obgleich Niemand die große Tragweite der Veröffentlichung verkennt, welche sicherlich nicht erfolgt wäre, wenn die Situation klar und unbedenklich wäre. Glaubt man doch, die Veröffentlichung werde friedlichen Zwecken dienen; sie werde dem Zaren einen Rückhalt verleihen gegen das Drängen der Panslawisten und dem russischen Publicum die Augen darüber öffnen, wohin geleitet wird. Der Zar selbst bedarfte der Veröffentlichung nicht, denn jene vertrauliche Verständigung, von der Artikel III. des Vertrages spricht, ist bereits vor einem Jahre erfolgt und gelegentlich des letzten Berliner Aufenthaltes Alexanders III. wiederholt worden. — Graf Andrassy, dessen Name auf dem Bündniß-Vertrag steht, ist heute Gegenstand aller Aufmerksamkeit und Anerkennung. Man stellt fest, daß ein neuer Vertrag nicht geschlossen worden ist, wie oft angedeutet und geglaubt wurde, sondern daß der Friedensbund auch jetzt noch auf der Grundlage ruht, welche 1879 zwischen Andrassy und Bismarck vereinbart worden ist. Alle hiesigen Blätter sprechen in Ausdrücken höchster Befriedigung von dem Vertrage; einzelne besser unterrichtete Organe verweisen darauf, daß der Kern des defensiven Bundes sich inzwischen ausgebildet hat, vielleicht noch mehr, als offiziell bisher eingestanden ist. Unter diesen Umständen könne die Unsicherheit der Situation nicht mehr lange dauern.

Der russisch-officiöse „Nord" sagt in einem Postscriptum zu der Veröffentlichung des Bündnißvertrages: „Wenn sich auch auf den ersten Blick nicht übersehen lasse, wie die Veröffentlichung einer gegen Rußland gerichteten Kundmachung eine Beruhigung hervorbringen könne, so sei nichts desto weniger zu wünschen, daß die Veröffentlichung die friedlichen Folgen haben möge, die man in Wien und Berlin erwarte." — Die in Rom erscheinende „Riforma" sagt, die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages sei ein Act der Loyalität und es sei Grund zu glauben, dieselbe werde einen durchaus günstigen Einfluß auf die Erhaltung des Friedens ausüben.

Wir schließen uns der von dem italienischen Blatte ausgesprochenen Hoffnung mit Freudigkeit an.

Leipzig, 6. Februar 1888.

* Es hat sich, so wird, wie bereits telegraphisch erwähnt, officiös aus Berlin gemeldet, das Bedürfniß herausgestellt, den Corps-Intendanturen sachverständige Vertrauensmänner als Beirath für die Beschaffung der Lebensmittel zum Unterhalt der Truppen beizuordnen. Die Vertrauensmänner sollen in allen wesentlichen, die Beschaffung des Kriegs-Verpflegungsbedarfs betreffenden Fragen ihr Gutachten abgeben und zu diesem Behufe zunächst alljährlich im Monate Januar zur Besprechung der Vorbereitung für das kommende Mobilmachungs-Jahr zusammenberufen werden. Aber auch für die Beschaffung der Friedens-Verpflegungsbedürfnisse kann den Intendanturen ein derartiger Beirath unter Umständen sehr erwünscht sein, und es bleibt daher vorbehalten, die Vertrauensmänner zur Erörterung über die für die Beschaffung dieser Bedürfnisse erforderlichen Maßnahmen nach Bedarf einzuberufen. Jeder Corpsintendantur sollen in der Regel 5 Vertrauensmänner an die Seite gestellt werden (3 Vertreter der Landwirthschaft, 2 Vertreter des Handels). Die Vertrauensmänner, sowie je 1 Vertreter der Landwirthschaft und des Handels als Stellvertreter sollen von den commandirenden Generalen auf Vorschlag der obersten Civilbehörden auf die Dauer von je 3 Jahren ernannt werden. Es darf erwartet werden, daß sich zu diesem Ehrenamte patriotische Männer finden lassen, und daß dieselben bereit sein werden, sich der Militairbehörde für die angegebenen Zwecke zur Verfügung zu stellen. In einem Ministerialerlaß sind die Oberpräsidenten ersucht worden, sich der Auswahl von geeigneten Persönlichkeiten in der angegebenen Zahl aus den Vertretern der Landwirthschaft und des Handelsstandes zu unterziehen.

* Der „New-Yorker Herald" bringt, wie wir der „National-Zeitung" entnehmen, folgende Mittheilung über eine Unterredung, welche Fürst Bismarck mit einem Diplomaten in den letzten Tagen gehabt haben soll. Auf die Frage des Diplomaten, ob es richtig sei, daß der Fürst eine Erklärung über den gegenwärtigen Zustand der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland im Reichstag geben werde, antwortete Fürst Bismarck:

Was kann ich im Reichstag sagen?

Sage ich etwas Friedliches und daß die Wahrscheinlichkeit eines Krieges für dieses Jahr nicht vorliegt, dann wird die Opposition über das Heeresbudget in Geschrei ausbrechen und dessen Minderung statt Vermehrung verlangen.

Sage ich auf der anderen Seite, daß der Krieg drohend ist, dann wird Rußland gereizt, Frankreich gereizt und Oesterreich wird vor Aufregung außer sich gerathen.

Das könnte den Krieg hervorrufen, von dem ich hoffte, daß er erst 1892 stattfindet.

Warum erst 1892? fragte der Diplomat.

Mit einer charakteristischen Bewegung des rechten Armes sagte der Kanzler:

Rußland ist noch nicht fertig. Auch Frankreich ist es noch nicht — es hat noch nicht Pulver genug für seine neuen Gewehre. Auch Oesterreich ist noch nicht fertig. Was Deutschland betrifft, so sage ich nicht, ob es fertig ist oder nicht. Aber es wird vier bis fünf Jahre bedürfen, bis eine der großen Mächte den Höhepunct der Schlagfertigkeit erreicht hat. Bis dahin setze ich keine drohende Wahrscheinlichkeit des Krieges.

Dann hören Sie noch eins. Ich bin absolut sicher, trotz alles was dagegen gesagt wird, daß der Zar den Krieg nicht will, Kaiser Wilhelm will keinen Krieg, Oesterreich nicht mit Ausnahme weniger Ungarn, Frankreich eben so wenig und ich verabscheue den Krieg. Ich denke, das Jahr 1888 wird vorüberziehen, ohne durch einen europäischen Krieg häßlich geworden zu sein.

Wenn Sie im Reichstag sprechen, werden Sie das sagen?

Der Kanzler erwiderte:

Nein, ich werde einfach darauf beharren, daß Deutschland wenigstens gleich hoch in militairischer Kraft und Bereitschaft sich halten muß, wie es seine nationale Ehrlichkeit bewahren. Krieg kann nur so lange abgewendet werden, als Deutschland fortfährt, darauf voll vorbereitet zu sein. Ich sehe keinen Grund, warum der Friede in vier Jahren gestört werden soll.

So der „New-Yorker Herald". Eine innere Unwahrscheinlichkeit, daß Fürst Bismarck nicht so zu einem neugierigen Diplomaten gesprochen haben soll, liegt nicht vor. Wie er zu der deutschen Nation und wie er zu Europa sprechen wird, das warten wir ab; es dürfte doch wohl noch eine oder die andere Ueberraschung bei jener Unterredung reservirt geblieben sein.

* Der frühere freisinnige Reichstags-Abgeordnete für die beiden Jerichower Kreise Dr. med. Grewe, jetzt Amtsvorsteher zu Tempelhof, ist vom Landgericht zu Magdeburg wegen Beleidigung des Standes der Feldwebel zu 600 ℳ Geldstrafe, im Unvermögensfalle 60 Tagen Gefängniß verurtheilt. Er hatte in seinen Wahlreden bei der letzten Reichstagswahl die Insinuation gemacht, daß es beim Königsurlaub darauf ankäme, wer den Feldwebel am besten „spicken" könne.

* * *

* Den Ausweisen des russischen Ministeriums des Innern über die Zahl der Ausländer, die in Rußland einwandern und aus Rußland auswandern, sind nachstehende Angaben entnommen: Durchschnittlich kommen jährlich mehr als 800,000 Personen nach Rußland und gegen 750,000 verlassen dasselbe. Die größte Zahl der Ausländer, die Rußland besuchten, kam auf die Jahre 1872 bis 1881, wo sie 9,458,130 betrug. Während derselben Zeit reisten 8,025,198 Personen ins Ausland. Im Laufe der Jahre 1875 bis 1881 hatten sich von den erstgenannten Personen 2,209,675 Ausländer längere Zeit in Rußland aufgehalten. Nach den Nationalitäten zerfallen die Ausländer in Rußland folgendermaßen: Deutsche 4,871,571, Oesterreicher 1,305,133, Perser 255,207, Franzosen 122,771, Türken 70,387, Rumänen, Bulgaren und Serben 41,878, Engländer 20,691, Italiener 17,359, Griechen 14,885 u. s. w. Unter den Ausländern, die wieder zurückreisen, nehmen die erste Stelle die Deutschen mit 3,465,390 Personen ein, es folgen dann die Oesterreicher mit 1,049,574, die Franzosen mit 102,703, die Perser, Engländer u. s. w. Die größte Zahl der Ausländer findet man in den letzten zehn Jahren in den westlichen Gouvernements, den baltischen Provinzen und den Hauptstädten, auch in den Städten des Wolgagebiets. Deutsche lassen sich vorzugsweise nieder in Petersburg, Moskau, Nishnij-Nowgorod und Warschau (Katharinenstadt), Franzosen in Warschau, Petersburg, Moskau, Kiew und Odessa; Oesterreicher in Kamenez-Podolsk, Wolhynien, Kiew und dem Weichselgebiet; Griechen, Türken und Italiener in Odessa, in allen Städten der Krim und Transkaukasien; Engländer in der Nähe des Meeres. Was die Vereinigten Staaten anlangt, so finden wir sie am meisten in Petersburg und Odessa vertreten.

* Der russisch-officiöse „Nord" sagt, die letzte Rede Tisza's habe im Allgemeinen nicht die gewünschte klärende Wirkung hervorgerufen, obwohl der ungarische Ministerpräsident im Gegensatze zu der österreichisch-ungarischen Presse Zutrauen zur Friedensliebe des Zaren äußerte. Nur eine einzige Stelle in Tisza's Rede sei in St. Petersburg mit großer Genugthuung aufgenommen worden, nämlich die Versicherung, daß Oesterreich-Ungarn auf der Balkan-Halbinsel keine territoriale Vergrößerung anstrebe. Den Bemerkungen Tisza's über die umfangreichen russischen Truppen-Dislocationen hält der „Nord" die Darstellung des „Russischen Invaliden" entgegen. Der „Nord" vermißt in den Ausführungen Tisza's gerade das Interessanteste, nämlich die Stellung Oesterreich-Ungarns zur bulgarischen Frage, namentlich aber die Erklärung, in welcher Weise das Wiener Cabinet mithelfen will, den unerträglichen Zustand in Sofia zu beseitigen. Das letztere muß aber geschehen, wenn ein dauerndes Friedensgefühl Platz greifen soll. Der „Nord" betont nochmals